

Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 278.

Freitag, den 29. November

1907.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 20, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich.
Einzeln Nummern 10 Pf. — Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 1295.

Ankündigungen: Die Zeile II. Schrift der 6 mal gespalt. Ankündigungsspalte 25 Pf., die Zeile größerer Schrift od. deren Raum auf 3 mal gesp. Textspalte im amtl. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingelant) 75 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den in den Ruhestand versetzten nachgenannten Beamten der Staatsbahnverwaltung und zwar dem Bureauassistenten Red in Dresden sowie dem Oberkassierer Loose in Riesa das Albrechtskreuz, ferner den Schaffner Blochwitz und Seelig in Dresden sowie dem Bahnwärter Hänfel in Dittersdorf das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dem zum Generalkonsul der Republik Panama für das Deutsche Reich mit dem Amtssitze in Hamburg ernannten Julio Arjona ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Der Absatz 4 des § 10 der von der Königl. Kreisbauhauptschaft unterm 27. März 1901 erlassenen, in Nr. 73 der Bauhaupteinrichtungen vom Jahre 1901 abgedruckten Prüfungsordnung für die Handwerksgehilfen im Regierungsbezirk Bautzen ist im Einvernehmen mit der Gewerbebehörde zu Bittau einer Abänderung unterzogen worden und hat folgende Fassung erhalten:

„Soweit der Prüfling den Nachweis des erfolgreichen Besuchs von Gewerbe- oder Fachschulen erbringt, kann von diesem Teile der Prüfung Abstand genommen werden.“

Bautzen, am 25. November 1907. 885 VIII
Königliche Kreishauptmannschaft. 2192

Auf Grund der §§ 100, 100b der Gewerbeordnung wird gemäß dem Antrage beteiligter Gewerbetreibender angeordnet, daß sämtliche Gewerbetreibende, welche im Bezirke der Stadt Chemnitz das Bildhauergewerbe selbständig ausüben, der für das Bildhauergewerbe zu Chemnitz mit dem Siege in Chemnitz zu erziehenden Zwangsinnung vom 1. April 1908 ab anzugehören haben.

Chemnitz, den 26. November 1907. 1806 b IV
Königliche Kreishauptmannschaft. 2191

Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Justiz.
1. Präsidenten. Berufen: den Ausschüssen bei der Gefangenanstalt Bautzen Bretschneider, bei der Gefangenanstalt Chemnitz Stäube, bei der Gefangenanstalt Dresden Löhner, Dörlein, Paternmann, Kofner, Schatz und Jäger, bei der Gefangenanstalt Leipzig Berlin, bei der Gefangenanstalt Plauen Beckert, Schneider und Bölsch, bei der Gefangenanstalt Weiden Dextor und Gerkenberger der Amtsname „Wachmeister“. 2. Beamtenetat: a) In den Ruhestand versetzt: der Sekretär bei dem W. Plauen Reichner. b) Auf Ansuchen entlassen: der Assessor bei dem W. Bernstadt Lottermoser, der Assessor bei dem W. Döbeln Weichelt, der Expedient bei dem W. Leipzig Lippmann. c) Berufen: der Assessor bei der Gefangenanstalt Weiden Dextor (siehe 18. Nov.). d) Angekündigt: die Referendare Dr. Böttner bei dem W. Bernstadt, Dr. Kreuz bei dem W. Döbeln als Assessor, der Assessor Vogel bei dem W. Rostock, Holz Müller bei dem W. Plauen als Expedient, der probeweise als Assessor verwendete Referendar Lottermoser als Assessor bei der Gefangenanstalt Dresden. e) Versetzt: der Referendar bei dem W. Dresden Enger zum Sekretär, die Expedienten bei dem W. Dresden Schmidt, bei dem W. Sayda Arnold zu Altmann. f) Berufen: die Assessoren bei der Staatsanwaltschaft des W. Dresden: Donath zum W. Leipzig, Sattler zum W. Stolpen, bei dem W. Augustsburg Dr. Heber zum W. Freiberg, bei dem W. Oberwiesenthal Dr. Seyler zum W. Weichen, die Assessoren bei dem W. Dresden Schubert zum Kanzler des Justizministeriums unter Ernennung zum Sekretär, bei dem W. Sayda Arnold zum W. Plauen, der Expedient bei dem W. Königsbrunn Berges zum W. Brand, die Assessorin bei der Gefangenanstalt Leipzig Kdermann zur Gefangenanstalt Bautzen. — 3. Rechtsanwälte. Abgang. Berufen: Rechtsanwalt und Notar Hofrat Dr. Wirus in Weiden. Rechtsanwalt Dr. Schmidt in Ortrama hat seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aufgegeben. Die Zulassung des Rechtsanwalts Burckas (I) in Leipzig ist gemäß § 21 Nr. 2 der RVO. zurückgenommen worden. Zuwachs: Zur Rechtsanwaltschaft zugelassen: W. O. Golzig bei dem W. Bautzen und dem W. Bautzen mit dem Wohnsitz in Bautzen, H. V. A. H. Schönberg bei dem W. Reichenau, dem W. Bautzen und der Kammer für Handelsfachen in Bittau mit dem Wohnsitz in Reichenau, W. J. Behrens, Dr. O. A. Schatz und W. R. A. Westphal bei dem W. Dresden und dem W. Dresden mit dem Wohnsitz in Dresden, Dr. H. A. Wenig bei dem W. Marienberg und dem W. Freiberg mit dem Wohnsitz in Marienberg, G. E. E. Bernhardt bei dem W. Leipzig und dem W. Leipzig mit dem Wohnsitz in Leipzig, Th. A. Scholze bei dem W. Borna und dem W. Leipzig mit dem Wohnsitz in Borna, Dr. G. D. Böttner bei dem W. Plauen und dem W. Plauen mit dem Wohnsitz in Plauen, Dr. W. R. Hammer bei dem W. Oberberg und dem W. Plauen mit dem Wohnsitz in Oberberg.

Veränderung. Rechtsanwalt Oberjustizrat Olyb in Dresden, zugelassen bei dem W. Dresden und dem W. Dresden, hat seine Zulassung bei dem W. Dresden aufgegeben. — 4. Zweite juristische Staatsprüfung: 15 bestanden, 2 zurückgewiesen in der Zeit vom 20. Okt. bis 19. Nov.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen.
Bei der Postverwaltung ist ernannt worden: Zeichner, bisher Postsekretär, als Ober-Postsekretär.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus u. öffentl. Unterrichts. Zu belegen: Die Pädagogische Akademie zu Kalkuly b. Dahlen i. Sa. Roll: Die oberste Schulbehörde. Außer freier Amtswahl und Gartengenuß 1200 M vom Schul-, 250 M vom Kirchenbause, 160 M durch Überstunden (Fortbildungsschule u. Turnen). Bewerber, die bereits in der 21. Volksschule tätig waren, besonders erwünscht. Meldungen mit allen erforderlichen Unterlagen bis 6. Dezember an den Königl. Bezirkschulinspektor zu Döbeln.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 29. November. Se. Majestät der König jagte heute mit Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach und den Herren vom Dienst auf Sibyllenort Revier. Zu dieser Jagd war noch der Kommandeur des Dragonerregiments „König Friedrich III.“ (2. Schleisches) Nr. 8 Oberst v. Trotha mit Einladung ausgezeichnet worden.

Dresden, 29. November. Aus London sind gestern bessere Nachrichten von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Johann Georg eingegangen.

Die Temperatur ist normal, das Allgemeinbefinden befriedigend gewesen, obwohl der Kräftezustand Sr. Königl. Hoheit infolge übermühten Fiebers zu wünschen übrig läßt. Der Katarrh ist noch nicht behoben.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Im Kaiserl. Gesundheitsamte ist ein sogen. Milchmerkblatt bearbeitet worden, das die Milchzuegung und den Milchverbrauch, die Zusammensetzung der Milch, die gesundheitliche Bedeutung der Milch, die Gewinnung und Behandlung der Milch (Milchfehler) und die Milchzeugnisse zum Gegenstande hat. Amtliche Stellen sowie gemeinnützige Körperschaften können Abzüge dieses Merkblatts in beschränkter Zahl vom Kaiserl. Gesundheitsamte unentgeltlich beziehen. Wegen der sonstigen Bezugsbedingungen erzieht der Verlag von Julius Springer in Berlin N. nähere Auskunft.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Dighelisse.

(B. T. V.)

Dighelisse, 28. November. Se. Majestät der Kaiser unternahm gestern nachmittag mit dem Gefolge eine längere Autofahrt im Automobil, wobei die Kirche in Romley besichtigt wurde. Heute am frühen Morgen machte der Kaiser einen längeren Spaziergang im Park. Bei der Frühstückstafel konstituierte die Kapelle der Jagd „Hohenjollern“.

Vom Bundesrat.

Berlin, 28. November. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reich, zugestimmt.

Vom Reichstage.

Sitzung vom 28. November 1907.

Am Bundesratliche die Staatssekretäre Jhr. v. Stengel, v. Bethmann-Hollweg, Finanzminister Jhr. v. Rheinbaben, Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen, Minister Delbrück und Staatssekretär Fernburg.

Das Haus beginnt die Generaldiskussion des Etats für 1908 in Verbindung mit dem Etat für die Schutzgebiete und die Rolle zum Flottengelei.

Staatssekretär des Reichsschatzamt Jhr. v. Stengel führt aus: Die Auffstellung des Staatsetwurfs habe sowohl bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen mit übermäßig großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Der finanzielle Abschluß werde, wie er vermuthet, wenig sympathisch berühren, denn leider müsse dieser als sehr ungünstig bezeichnet werden. Der Staatssekretär referirte zunächst den Abschluß des Rechnungsjahrs 1906. Die Einnahmen hinter dem Reichstage festgesetzten Anschläge um einige Millionen zurückgeblieben. Die größte Enttäuschung habe die Hauptartensteuer mit einem Ausfall von 12 1/2 Mill. M. gebracht. Die Überschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung seien erheblich hinter dem Veranschlagt zurückgeblieben, dagegen seien die Einnahmen aus dem Bankwesen um 12 1/2 Mill. M. höher gewesen als im Vorjahre. Gegenüber dem Ergebnis des Rechnungsjahrs 1907 sei große

Reserve notwendig, da das zu Gebote stehende Material nur bis Oktober laufe. Heute könne er nur sagen, daß für das Rechnungsjahr 1907 die Aussichten recht trübe seien. Es sei zum mindesten zweifelhaft, ob das finanzielle Ergebnis sowohl für die eigene Wirtschaft des Reichs wie bei den Überweisungsneuern den Etatsanlag auch nur annähernd, erreichen werde. Es sei vielleicht mit einem nicht unerheblichen Fehlbetrag zu rechnen. Der Betrag an ungedeckten Nationalanleihen werde sich für 1907 auf 109 Millionen, für 1908 auf 200 Millionen belaufen. Dieser Lasten gegenüber müsse man sich fragen: quousque tandem? Wenn wir aus Mangel eigener Einnahmen gezwungen seien, jahraus jahrein in so hohem Grade schwebende Schulden zu machen (sehr richtig!), so müsse entschieden auf Abhilfe geachtet werden. Die dauernden Einnahmen müßten vermehrt werden. Der Widerstand dagegen sei nicht bei den verbündeten Regierungen zu suchen. (Geflüstelt) Der neue Etat sei mit größter Sparsamkeit aufgestellt worden, aber auch der Sparmaßstab seien Grenzen gezogen. Das gelte vor allem bei den Aufwendungen für die Erhaltung der Schlagfertigkeit von Meer und Flotte. Gerade hier könne die größte Sparsamkeit zur größten Verschwendung werden. Bei der Steuerreformvorlage von 1905 habe die Regierung das Defizit auf 220 bis 230 Millionen geschätzt. Der Reichstag habe das als zu hoch angesehen und die Summe auf 192 Millionen ermäßigt. Was aber der Reichstag an Steuern bewilligt habe, habe auch diesen Betrag nicht erreicht, denn es seien bloß 149 bis 145 Millionen eingegangen, was hinter der Schätzung der Regierung um 80 Millionen zurückbleibe. Wenn man in Betracht ziehe, wie Deutschland an Wohlstand im allgemeinen zugenommen habe, zu welcher Blüte es unter den Segnungen eines fast vierzigjährigen Friedens gelangt sei, so müsse man sich fragen, wie es trotz alledem nicht möglich sei, den Reichshaushalt aus seinen Finanzquellen zu betreiben. Für die großen Ausgaben auf dem Gebiete der kolonial- und sozialpolitischen Gesetzgebung seien im vorliegenden Etat nicht weniger als 180 Mill. M. vorgesehen. Die Deckungsfrage gelte sich um so schwieriger, als zu den alten Ausgaben infolge der vom Reichstag im letzten Jahr bewilligten Erhöhung der Beamtengehälter noch neue hinzutreten. Auch für die folgenden Jahre würden erhebliche Mehraufgaben bevor. (Reichstagssekretär Jhr. Bölow tritt den Saal.) Im Jahre 1910 solle das große sozialpolitische Problem der Arbeiterrenten- und Rentenversicherung verwirklicht werden. Ein bis zwei Jahre darauf werde es mit der Herrschaft des Invalidenfonds vorbei sein. Der Staatssekretär geht dann auf die einzelnen Punkte des vorliegenden Etats, die Forberung des Reichsamt des Innern auf Wahrung einer Entschädigung an den Grafen Jepselin, ein. Für die Übernahme einer Ballonanlage werde man gewiß die Zustimmung aller finden. Graf Jepselin habe sich große Verdienste erworben, wofür ihm Tausend gebühre. Die Berechtigung der Ausgaben für das Reichsheer überlasse er dem verehrlichen Kriegsminister. Durch die Änderung des § 2 des Flottengelei würden sich naturgemäß Mehrforderungen ergeben. Es frage sich, ob bei Annahme des Gesetzes die eintretende Mehrbelastung nicht durch eine besondere Deckung ausgeglichen werden sollte. Für die Witwen und Waisen von Veteranen seien 21 Mill. angesetzt, womit 177500 Hinterbliebene bedacht werden könnten. Eine erhebliche Vermehrung der Silbermünzen sei auf die Dauer unerlässlich und es rüde der Zeitpunkt heran, wo die verbündeten Regierungen sich über die Erhöhung der Kopfsteuer schlüssig machen müßten. Ob der veranschlagte Steuerertrag eingehe, hänge von der wirtschaftlichen Konjunktur ab. Bei den meisten Steuern habe eine Erhöhung des Etatsanlages gegen das laufende Jahr stattfinden können, so bei der Einkommensteuer. Bei der Erbschaftsteuer sei gleichfalls eine Erhöhung vorgesehen. Für 1908 solle von der gleichmäßig beschriebenen Schuldentilgung abgesehen werden. Dieser Anschlag sei den verbündeten Regierungen nicht leicht geworden, allein eine Schuldentilgung könne und solle nur von demjenigen vorgenommen werden, der nicht gezwungen sei, neue Anleihen aufzunehmen. Für Silberwertaufschlag seien noch 30 Mill. eingestellt, um hier möglichst reich Ruhe zu schaffen. Angesichts der gesamten Bedürfnisse des Reichs könne eine Sanierung der Reichsfinanzen nicht länger aufgeschoben werden. Die vorbereitenden Arbeiten dazu würden in allerhöchster Zeit dem Bundesrate vorgehen, doch könne er über den Inhalt der Vorlage nähere Mitteilungen noch nicht machen. Nur soviel wolle er sagen, daß eine direkte Reichssteuer nicht vorgeschlagen werde. (Unruhe links.) Die verbündeten Regierungen seien der Überzeugung, daß die Sanierung der Reichsfinanzen nur auf dem durch die Reichsreform vorbehaltenen Wege der indirekten Besteuerung erfolgen müsse. An den nötigen Einnahmequellen fehle es auch nicht. Die betreffende Steuerentwurf werde die Bedürfnisse des Erwerbslebens sowie die Interessen des Arbeiterthums und die Leistungsfähigkeit der Steuerträger unlich berücksichtigen. Der Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß es ungeachtet der Schwierigkeiten doch gelingen werde, über die Deckungsfrage eine Verständigung zu finden, und den Staatshaushalt nachhaltig zu stellen. Er schließt mit den Worten: „Ich glaube, auch Sie werden die Anschauung teilen, daß je eher desto besser einem Zustande ein Ende gemacht werden muß, der des Deutschen Reichs nicht würdig ist.“ (Beifall rechts.)

Der Staatssekretär des Reichsmarineamt v. Tirpitz spricht zu der Flottenvorlage. Die Vorlage habe in erster Linie einen militärtechnischen Zweck. Sie wolle den jetzigen Bestand unserer Schiffe auf die gleiche Höhe bringen und dauernd erhalten, wie es andere Nationen täten. Zwei Momente seien hier von Bedeutung. Das eine sei die Tatsache, daß wir eine größere Anzahl von Schiffen besitzen, die infolge der Entwidlung der Technik nicht auf der Höhe sind und deshalb eines schleunigen Ersatzes bedürfen. Das zweite sei die Tatsache, daß wir durch die Art der Berechnung, die im Flottengelei vorgeschrieben sei, auf die Dauer zu sehr ins Hintertreffen gerieten. Es gäbe zwei Möglichkeiten, wie man einem Überaltert unserer Einheitschiffe vorbeugen könne. Die eine sei das Verfabren unter Einwirkung des Reichstages, die andere die Bestimmung, daß man den